

Bern, 9. März 2007

Die Position der Schweizer Demokraten (SD) zur Arena-Sendung vom 9. März 2007:

### **SD wollen sich dem EU-Steuerdiktat nicht beugen!**

Beim Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU geht es keineswegs um grössere Gerechtigkeit oder um einen Verstoß einzelner kantonaler Steuerregime gegen das bilaterale Freihandelsabkommen Schweiz – EU von 1972, sondern einzig nur darum, einen lästigen Konkurrenten im internationalen Standortwettbewerb in die Schranken zu weisen um:

1. indirekt dem Eingeständnis zu entgehen, dass die europäische, sozialdemokratische Steuerpolitik versagt hat, und,
2. man sich durch einen unilateralen Beschluss der EU-Kommission zu Lasten der Schweiz nun unter anderem gleichzeitig auch refinanzieren will, indem man mindestens einen Vergleich mit finanzieller Abgeltung sucht und Verhandlungen anstrebt, die «eine für beide Seiten akzeptable Lösung anstrebt.

Für die SD ist klar: **Die kantonale Steuerhoheit ist nicht verhandelbar!**

Die EU versucht knallhart und einseitig, ihre Interessen durchzusetzen, und nimmt dabei in Kauf, die Souveränität der Schweiz in Steuerfragen grob zu missachten. Indem sie die Abschaffung der Steuerprivilegien für Holding- und ähnliche Gesellschaftstypen in einigen Kantonen mittels erpresserischer Drohungen durchzusetzen versucht, stellt sie gleichzeitig die föderalistische Staatsstruktur der Schweiz in Frage. Dass die SP Schweiz mit ihrer nationalen Steuerinitiative der EU noch hilft, ist nur ideologisch nachvollziehbar.

Viele sozialistisch und sozialdemokratisch dominierte EU-Länder stellen fest, dass sie die ihren Wählern versprochenen Träume vom unversiegbaren Sozialstaat nicht länger finanzieren können. Der Preis, um wenigsten diese Illusion aufrecht zu halten, ist eine fortwährende Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Steuerlast. Logisch, dass immer mehr EU-Bürger und -Firmen nicht mehr bereit sind, dies zu akzeptieren, und attraktivere Alternativen und Standorte suchen. Doch statt selbst die europäischen Steuerregime zu hinterfragen und die wachsenden Staatsdefizite endlich zu reduzieren, wird nun auf erpresserische Weise durch eine EU-Kommission versucht, so genannte «Steuroasen» wie die Schweiz aus der Welt zu schaffen.

Gerade weil die EU den schweizerischen Föderalismus angreift, der nicht nur die Basis für das Schweizer Steuersystem, sondern für das Land als Ganzes ist, gibt es keinen Raum für Verhandlungen. Die Schweizer Demokraten sind überzeugt: Jeder Kompromiss, den die Schweiz in dieser Frage eingeht, ist eine Einladung für weitere Begehrlichkeiten seitens der EU, ein Zeichen der Schwäche unserer Landesregierung und gleichzeitig ein schrittweiser und von langer Hand geplanter Abschied von der schweizerischen Souveränität.

### **Schweizer Demokraten (SD)**

Bernhard Hess  
Nationalrat  
Zentralpräsident  
079/232 85 69

Roland Schöni  
Zentralsekretär